



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ulrich, Hans: Die militär-politische Lage in Polen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die militär-politische Lage in Polen

Von Hans Ulrich-Berlin



Polen verdankt seine heutige Ausdehnung und Machtstellung der Entente. Auf den Trümmern Deutschlands und Rußlands zwischen diesen beiden Mächten entstanden, soll es einen Zusammenschluß dieser beiden Länder verhindern und damit Ententeinteressen dienen. So geriet Polen von dem Augenblick seiner Wiederherstellung an in die vollständige Abhängigkeit der Entente und heute ist es der Vasall Frankreichs. In allen Zweigen seines Staatswesens, in der Politik und in seiner Wirtschaft gebietet Frankreich. In diesem Zeichen steht die gesamte militär-politische Lage in Polen, seine Außen- und Innenpolitik, seine äußere Ausdehnung und sein Imperialismus, seine Landesverteidigung und der Ausbau seines Heeres, die Stimmung in der polnischen Presse, in der Regierung und im Parlament; darunter leidet die wirtschaftliche und soziale Lage Polens, leidet die innere Festigkeit und Geschlossenheit des Staates.

Die französische Politik erstrebt in Europa im wesentlichen drei Hauptziele, auf die letzten Endes alle ihre Handlungen zurückzuführen sind und von denen sich das eine immer folgerichtig aus dem andern ergibt. Es sind:

1. die Zertrümmerung Deutschlands,
2. die Herstellung einer wirksamen Sperre zwischen Deutschland und Rußland und in engem Zusammenhang damit
3. die Hegemonie über ganz Europa.

Diesen drei Zielen muß Polen dienen und aus ihnen heraus ergibt sich am klarsten das Verhältnis Polens zu seinen Nachbarländern.

Das Verhältnis Polens zu Deutschland war, wie dies im Hinblick auf die Entstehung des polnischen Staates und die ihm von Frankreich gestellten Aufgaben nicht anders sein konnte, von Anfang an ein gespanntes. Trotz unzweifelhaft vorhandener wichtiger gegenseitiger wirtschaftlicher Interessen und trotz des besten Willens von deutscher Seite, ist es bis heute noch nicht gelungen, einen Ausgleich in den zwischen beiden Ländern bestehenden Gegensätzen herbeizuführen, im Gegenteil die zwischen ihnen bestehende Spannung hat sich immer mehr verschärft und in den letzten Monaten zu einer Art politischer Hochspannung entwickelt. Zwischen beiden Ländern steht Frankreich. Es hat in Versailles in meisterhafter Weise vorgesorgt, daß der Reibungspunkte zwischen Polen und Deutschland immer genug sind, um eine Verständigung unmöglich zu machen. Der Korridor und im Zusammenhang damit die Frage des Durchgangsverkehrs nach Ostpreußen, und die Tatsache, daß nach dem Versailler Friedensvertrag Millionen Deutscher unter polnische Herrschaft kamen, vor allen Dingen aber die verschiedenen Abstimmungen, besonders die in Oberschlesien, waren und sind Gründe genug, die Volksleidenschaften immer von neuem zu entfachen. Augenblicklich ist es die oberschlesische Frage, die die beiderseitigen Gemüter in Atem hält. Das Ergebnis der Abstimmung ist bekannt. Dem deutschen Festhalten an der Unteilbarkeit Oberschlesiens tritt polnischerseits einmütiges Verlangen nach einer Teilung entgegen. Nicht Stimmenmehrheit, sondern Gemeindemehrheit betrachtet Polen als aus-

schlaggebend und es wird in diesem Standpunkt unterstützt durch Frankreich, das naturgemäß das größte Interesse an einer Zuteilung des oberschlesischen Industriegebiets an Polen hat.

Polen hat sich darauf bereits seit Monaten militärisch wie politisch vorbereitet. Während sich polnische Truppen an der deutschen Grenze sammelten und zum Einfall in Deutschland bereitstellten, während man die Entwaffnung unserer Ostfestungen forderte, während Frankreich eben in Paris die famosen Pariser Beschlüsse durchgesetzt hatte und sich auf ihre gewaltsame Durchführung vorbereitete, reichte man sich in Paris offiziell die Hand zum Bunde gegen das Germanentum, schloß man die französisch-polnische Entente.

Das Verhältnis Polens zu Rußland ergibt sich klar aus seiner Haltung gegenüber Deutschland. Es kann deshalb ganz kurz zusammengefaßt werden in den einen Satz: „Polen will sich im Osten den Rücken freimachen für den Waffengang mit Deutschland.“ Dies ist ihm scheinbar gelungen. Am 18. März ist in Riga nach monatelangem Hin- und Herverhandeln der endgültige Friede unterzeichnet worden.

Was uns an den einzelnen Bedingungen am meisten interessiert, ist, daß nunmehr Rußland nicht nur von Deutschland, sondern auch von Litauen und damit nach dem Westen hin vollständig abgesperrt ist, daß nunmehr jeder Verkehr dorthin polnischer Kontrolle unterliegt.

Für Polen bedeutete die Unterzeichnung des Friedens ausgerechnet am Vorabend der oberschlesischen Abstimmung zweifellos einen in seinen Rückwirkungen nicht zu unterschätzenden Erfolg. Die Russen haben den Polen eine Grenze zugestanden, wie sie sich diese sowohl vom militärischen wie vom politischen Standpunkt nicht besser wünschen konnten. Sie beläßt endgültig die strategisch-wichtige Bahn Rowno—Wilna in polnischer Hand und entreißt den Russen die für die Landesverteidigung so wichtigen Rokitnosümpfe. Vor allen Dingen macht der Friede den Polen jedoch den Rücken im Osten frei. Und doch wird Polen an diesem Frieden auf die Dauer wenig Freude haben. Irgend welche Erleichterung in seiner schwierigen wirtschaftlichen Lage bringt er ihm nicht, Ruhe und Frieden wird es in ihm nicht finden. Rußland hat sich, das zeigen der Verlauf der Verhandlungen in Riga und die einzelnen Friedensbedingungen auf den ersten Blick, nur unter dem Zwang der schwierigen inneren Verhältnisse, dem polnischen Imperialismus gefügt. Ein auf solcher Grundlage aufgebauter Friede kann nicht von langer Dauer sein. Er hat Verhältnisse geschaffen, die für Osteuropa und darüber hinaus für ganz Europa unerträglich sind. Deutschland und Rußland sollen für immer von einander getrennt werden. Franzosen und Polen irren sich. Sie schauen nicht in die Zukunft. Wenn etwas Rußland und Deutschland einmal mit unzweifelhafter Notwendigkeit zusammenführen muß, dann ist es dieser Friede. Mag die Entwicklung im Innern in Rußland Bahnen gehen, wie sie wolle. Kein Rußland wird sich auf die Dauer mit diesem Frieden abfinden können und es ist bezeichnend, daß der Führer der von Frankreich so begünstigten Sozialrevolutionäre, Kerenski, in der Wolja Rossji über diesen Frieden sagt:

„Ich glaube, es muß jetzt jedem klar sein, daß kein Russe, der sein Land kennt und liebt, die Möglichkeit und das Recht besitzt, dem Rigaer Frieden seine

Zustimmung zu geben. Er bedeutet Vergewaltigung und nationale Unterdrückung, er kann nie als Grundlage guter Beziehungen zwischen Polen und Rußland dienen, bedeutet vielmehr eine ernste Bedrohung des Friedens von ganz Europa.“

Das Verhältnis Polens zu seinen übrigen Nachbarn, zu den Randstaaten, zur Tschecho-Slowakei und zu Rumänien ergibt sich am klarsten aus dem französischen Bestreben, durch den Zusammenschluß der kleineren mittel- und osteuropäischen Länder, einschl. der Balten- und Balkanstaaten unter Führung Polens zu einem antideutschen und antibolschewistischen Block, zur gänzlichen Machtlosigkeit Deutschlands und damit zur Festlegung der französischen Hegemonie über Europa zu kommen.

Im Baltikum steht die noch ungelöste Wilna-Frage einer Konvention zwischen Polen und dem baltischen Staatenbund entgegen. Auf der Ende Februar in Reval veranstalteten Randstaatenkonferenz, an der Vertreter Polens, Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens teilgenommen haben, wurde zwar die Schaffung eines Randstaatenbundes mit Einschluß von Polen einstimmig gutgeheißen, als seine erste Voraussetzung jedoch eine Einigung zwischen Polen und Litauen bezeichnet. Sie in polnischem Sinne zustandezubringen und gleichzeitig damit den Polen im Fall eines Zusammenstoßes mit Deutschland gegen Litauen die Flanke freizumachen, war das Bestreben Frankreichs. Mit einer auffallenden Geschäftigkeit drang Frankreich plötzlich in der Wilna-Frage auf die Durchführung der Volksabstimmung in dem strittigen Gebiet und dessen Besetzung durch Völkerbundstruppen. Als die Russen dies als Grund zur Verschleppung der Friedensverhandlungen in Riga auszunutzen versuchten, regte Frankreich nochmalige unmittelbare polnisch-litauische Verhandlungen unter dem Vorsitz von Huymanns in Brüssel an — ein Vorschlag, der von beiden beteiligten Regierungen angenommen worden ist. Damit ist zunächst Litauen als Gegner Polens in einem polnisch-deutschen Konflikt ausgeschaltet, dann aber auch eine Lösung der Wilna-Frage im polnischen Sinne für die Zukunft insofern vorbereitet, als Litauens Stärke Polen gegenüber bisher ja gerade in der geschickten Ausnutzung der deutsch-polnischen und der russisch-polnischen Spannung lag. Sind diese erst beseitigt, dann wird sich auch in der litauisch-polnischen Frage eine Lösung finden, die Litauen um den Preis Wilnas und vielleicht auch Memels, das, dieser Idee zu opfern, Frankreich seit langer Zeit bereit ist, in ein enges Föderativverhältnis, so wie es Polen wünscht, zu diesem bringt.

In dem Verhältnis Polens zur Tschecho-Slowakei ist seit Abschluß der französisch-polnischen Entente das Bestreben bemerkbar, in den zwischen ihnen liegenden tiefen Gegensätzen zu einem Ausgleich zu kommen, zu einem Ausgleich, wie das nicht anders sein kann, auf Kosten Deutschlands. Frankreich, das von jeher ein möglichst starkes Polen und eine enge Verbindung Polens mit der Tschecho-Slowakei als den beiden Hauptstützpunkten seiner Ostpolitik erstrebt, will die französisch-polnische Entente durch den Beitritt der Tschecho-Slowakei ergänzt sehen, da nur so der Ring um Deutschland tatsächlich geschlossen, die Sperre zwischen Deutschland und Rußland wirksam ist. Der Umschwung in dem Verhältnis Polens zur Tschecho-Slowakei offenbarte sich besonders deutlich in der Haltung der tschechischen Regierung zur oberschleßischen Abstimmungsfrage, in den verschiedenen Äußerungen des tschechischen Außenministers und im Zusammenhang

damit in der Haltung der tschechischen Presse, die bisher fast ohne Ausnahme polenfeindlich, nun auf einmal in das Gegenteil umgefallen ist.

Die Gründe für den Umschwung in der tschechischen Polen- und Oberschlesien-Politik sind klar. Einmal würde die Tschecho-Slowakei im Falle einer für Polen günstigen Abstimmung nach dem Friedensvertrag außer dem Gultschiner-Ländchen, auch noch den südlichen Teil des Kreises Leobschütz erhalten — man sieht, wie glänzend die französische Politik im Frühjahr 1919 vorgearbeitet hat — dann aber fürchtete Herr Benesch anscheinend im Falle einer für Polen ungünstigen Abstimmung ein Wiederaufleben des polnischen Appetites auf die seinerzeit durch Entente-Schiedspruch der Tschecho-Slowakei zugesprochenen Kohlengebiete von Mährisch-Odrau. Schließlich soll Warschau den Tschechen für den Fall einer Besizergreifung Oberschlesiens die Grafschaft Olaz, ja sogar das linke Ober-Ufer mit den Städten Kosel, Leobschütz und Ratibor unter der Bedingung versprochen haben, daß die Tschecho-Slowakei dafür die südliche Ecke Karpatho-Rutheniens an Ungarn abtritt und Polen damit zu einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn verhilft, wofür dieses endgültig auf die Slowakei verzichtet. Diese Nachricht klingt nicht unwahrscheinlich angesichts der Rede des tschechischen Außenministers im Parlament: „Mit Rücksicht auf die Aussichten im Osten und in Deutschland müssen wir im Süden Ruhe und Frieden haben. Das bedeutet definitive Vereinbarungen zwischen uns und den anderen Nachfolgestaaten. Wir werden in dieser oder jener Hinsicht gewisse Opfer bringen müssen, die aber bestimmt sind, mit anderen kompensiert zu werden.“ —

Das polnische Verhältnis zu Rumänien lag bereits seit dem vorigen Sommer klar. Die gemeinsame Bolschewistengefahr hatte beide Länder zusammengebracht und die ihnen gemeinsame Freundschaft Frankreichs das übrige getan. Zwischen Polen und Rumänien sehen wir nunmehr als unmittelbare Folge der französisch-polnischen Verhandlungen im Verfolg der bisherigen Beziehungen den Abschluß eines regelrechten Bündnisses, das in eine Militärkonvention und ein Handelsabkommen zerfällt. Es soll sich angeblich nur gegen den Bolschewismus richten.

In dem Gesamtbild der polnisch-französischen bzw. Deutschland-Rußland-Politik fehlen noch Ungarn und Bulgarien. Was dem Anschluß dieser beiden Staaten an das große, unter polnischer Führung stehende Bündnis entgegensteht, das sind ihre Gegensätze zu Rumänien und Südslawien. In dieser dürfte aber ein Ausgleich nur noch eine Frage der Zeit sein.

So sehen wir Polen auf der ganzen Linie seiner Außenpolitik als den geschäftigen Vasallen Frankreichs. Die gesamte polnische Außenpolitik steht im Zeichen der französisch-polnischen Entente.

Voraussetzung für eine in dieser Linie sich bewegende polnische Außenpolitik war und ist eine starke polnische Armee, und so waren Frankreich und Polen sofort nach dem Zusammenbruch Deutschlands bemüht, eine solche für Polen zu schaffen.

Heute hat das kaum 25 Millionen Menschen zählende Polenreich eine Armee von über 600 000 Mann. Sie besteht aus etwa 25 Infanteriedivisionen und 9 Kavalleriebrigaden und ist hervorgegangen aus den kongreßpolnischen, den ehemaligen Gallaer- und den Posener Truppen, drei völlig voneinander verschiedenen Gruppen, die im Herbst 1919 miteinander verschmolzen wurden. An

der Spitze der Armee steht der Staatschef, Marschall Piłsudski, dem als Chef des Generalstabes General Kozłowski und als Kriegsminister General Sosnkowski zur Seite stehen.

Der Wert der kongreßpolnischen Truppen ist nur gering. Die Gallertuppen, früher gut, haben durch die Verschmelzung mit den kongreßpolnischen Truppen an Wert erheblich verloren. Die Posener Truppen sind in jeder Beziehung die besten. Sie haben sich an der Ostfront gegen die Bolschewisten gut geschlagen und standen immer an den entscheidenden Stellen. Die gute Haltung ist auf die gründliche Ausbildung und Erziehung zurückzuführen, die sie im deutschen Heere genossen haben. Sie sind die eigentlichen Hauptträger des großpolnischen Gedankens und werden sich auch — das soll ausdrücklich betont werden — gegen Deutschland gut schlagen.

Der Wert des polnischen Führermaterials ist nicht sehr hoch. Ausrüstung und Bewaffnung sind ausreichend und neuzeitlich, aber noch nicht einheitlich.

Die Verteilung der polnischen Armee ist entsprechend der außenpolitischen Lage heute so, daß schwächere Kräfte an der litauischen und russischen Front, die Masse aber mit etwa 300 000 Mann so an den deutschen Grenzen steht, daß Operationen gegen Ostpreußen, Brandenburg und Oberschlesien zu gleicher Zeit möglich sind. Außer den regulären Divisionen stehen sowohl in Westpreußen, Posen als auch gegen Oberschlesien irreguläre Formationen verwendungsbereit. Sie bestehen größtenteils aus Verbänden der „Polska Organizacja Wojkowa“ genannten Kampforganisation, aus den seinerzeit in Posen und Westpreußen unter Bezeichnung „Reservearmee“ gebildeten Bürgerwehren, aus Sokols und Schützenvereinen.

Das polnische Eisenbahnnetz entspricht in keiner Weise den Anforderungen, weder militärisch und politisch noch wirtschaftlich. Polen verfügt im ganzen augenblicklich nur über vier durchgehende Linien von Ostpolen bzw. Warschau nach Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien. Es ist aber dabei, sein Eisenbahnnetz den durch die Vereinigung der drei Teilgebiete geschaffenen Verhältnissen entsprechend so zu vervollständigen, daß es nach Durchführung seines Bauprogramms über je drei durchgehende Verbindungen von Kongreßpolen nach Westpreußen, Posen und Schlesien, über vier Bahnen längs der deutschen Grenze — davon drei im Korridor —, über fünf Bahnen nach der tschechoslowakischen Grenze und schließlich über eine Bahn nach Rumänien verfügt¹⁾.

Für den Nachschub von Kriegsmaterial ist Polen zurzeit auf das Ausland angewiesen. Das Kriegsmaterial wird hauptsächlich über Danzig eingeführt. Munitionsfabriken und Waffenreparaturwerkstätten bestehen, sind aber nur wenig leistungsfähig.

An Rohstoffen besitzt Polen Kohle und Eisen, jedoch in für den Bedarf des Landes nicht ausreichenden Mengen im Raume Czernostochau—Leschen—Kraakau—Kielce.

Die Folgen des grenzenlosen polnischen Imperialismus, des langen Krieges mit Rußland und der im Verhältnis zu Polens Bevölkerungszahl viel zu starken Armee sind Daniederliegen der Industrie, Verpflegungsmangel und Zerrüttung der Finanzen. Die polnische Valuta ist von 60 v. H. der deutschen Mark inner-

¹⁾ Siehe „Grenzboten“ Heft 7: Der Ausbau des polnischen Eisenbahnnetzes.

halb eines Jahres trotz des Rigaer Friedens auf fast 11 vH. der deutschen Mark gesunken. Die Folge dieser Geldentwertung ist eine Teuerung, die von russischen Verhältnissen kaum noch sehr weit entfernt ist. An eine Verbesserung der Valuta und einen Abbau der Preise kann vorerst nicht gedacht werden. Die polnische Ausfuhr beträgt kaum 5 vH. der Einfuhr. Polen ist in erster Linie Agrarland, aber auch in dieser Beziehung sind Möglichkeiten für eine Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage nicht gegeben. Die Ernte war schlecht. Aus den ehemals preussischen Provinzen ist dank der polnischen Mischwirtschaft nichts mehr herauszuholen. Die Regierung ist zum Ankauf von Lebensmitteln im Auslande gezwungen. Das kostet viel Geld, drückt die Valuta und steigert die Teuerung.

Die Schuldenlast des polnischen Staates ist allmählich auf 226,5 Milliarden Mark gestiegen. Dazu kommen noch die Ausgaben für das Jahr 1921, die auf 80 Milliarden Mark geschätzt sind. Ihnen stehen im Höchstfall 10 Milliarden Mark Einnahmen gegenüber, also nicht einmal so viel als die auf 12 Milliarden Mark berechneten Zinsen der augenblicklichen Schuld betragen. Polen ist also nicht einmal mehr in der Lage, die Zinsen seiner Verpflichtungen zu zahlen.

Das polnische Eisenbahnwesen und die Zustände auf den Eisenbahnen sind ein Kapitel für sich. Das rollende Material befindet sich in einer traurigen Verfassung. Es ist neben großem Mangel abgewirtschaftet und zu etwa 50 vH. reparaturbedürftig. Die Leistungsfähigkeit der Bahnen ist dementsprechend nur gering. Unfähigkeit und mangelndes Organisationstalent der Eisenbahnbehörden tun das Übrige dazu.

Als natürliche Folgeerscheinung der geradezu trostlosen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Polens, der außerordentlichen Geldentwertung und der ständig wachsenden Teuerung, greift ruckweise eine Arbeiterbewegung im Lande um sich, deren Charakter durch einen unverkennbaren kommunistischen Einschlag gekennzeichnet ist. Die Lohnforderungen der Arbeiter, denen sich auch große Teile der Beamtschaft angeschlossen haben, haben Löhne erreicht, die sich kaum noch von denen in Sowjetrußland unterscheiden. Die Regierung bewilligt sie, um nur die Ruhe aufrecht zu erhalten, aber sie gräbt damit dem Grundbesitz, der Industrie und schließlich sich selbst das Grab.

Nicht weniger verworren wie die wirtschaftliche und finanzielle Lage sind die parlamentarischen Verhältnisse. Der polnische Landtag besteht eigentlich nur aus zwei wirklichen Parteien, die organisiert sind und durch den Besitz eines politischen, wirtschaftlichen und sozialen Programms als Partei gekennzeichnet sind, die Nationaldemokratie und die Polnische Sozialistische Partei. Die übrigen sogenannten Parteien verdienen diesen Namen nicht. Es sind Gruppen, und innerhalb dieser wieder sogar einzelne Blöcke, die sich auf Grund augenblicklich zweckmäßiger Kompromisse zusammenschließen. Die Folge dieser für das ganze polnische Staatsleben und die politische Unreife des polnischen Volkes geradezu typische Zerissenheit sind Fehler einer tragfähigen Regierungsmehrheit, Unsicherheit des Parlaments, Kompromißpolitik in allen großen Fragen und damit unfruchtbare Arbeit. Jedes Kabinett, das bisher in Polen regierte, fiel und stand mit kaum einem Duzend Stimmen. Ministerwechsel und Regierungskrisen sind in Polen deshalb ein Dauerzustand.

Zwischen den Rechts- und Linksparteien klappt eine breite, tiefe Kluft. Die Rechtsparteien sind die Hauptvertreter des polnischen Imperialismus und erfreuen sich dementsprechend der besonderen Gunst Frankreichs. Sie sind etwa gleich stark wie die Mittel- und Linksparteien zusammen und suchen dem polnischen Staatsleben einen rechtsgerichteten Kurs für die Zukunft zu geben. Ihre Haltung stützt sich vor allen Dingen auf die ehemals preußischen Teilgebiete, in denen die Autonomiebewegung in der letzten Zeit wieder bedenklich aufgelebt ist. Diese erstrebt nicht etwa aber die Rückkehr der Provinzen zu Deutschland, im Gegenteil die Nationaldemokraten sind die größten Deutschenfeinde, sondern die Verlegung des Schwergewichts des polnischen Staatslebens von Warschau nach Posen unter Anschluß Oberschlesiens an die früheren preußischen Teilgebiete. Man sieht in diesen den Stammsitz des großpolnischen Gedankens, die Hauptstütze des polnischen Staates und erblickt daher nur in einer solchen Lösung eine Gefahr für dessen Bestand. Für uns sind diese Bestrebungen von allergrößtem Interesse angesichts der Schlußfolgerungen, die sich daraus für Oberschlesien ergeben. Einst waren Posen und Westpreußen die Quellen, an denen das gänzlich heruntergekommene Polen gesunden sollte, heute ist es Oberschlesien in verstärktem Maße.

Durch die Ausdehnung nach Westen und Osten hat sich die 17—18 Millionen zählende Bevölkerung des polnischen Kerngebiets auf 24—25 Millionen vergrößert. Von diesen sind jedoch nur etwa 13 Millionen Polen. Zwei Millionen sind Deutsche, 2—3 Millionen Juden, 4,2 Millionen Ukrainer, 2 Millionen Weißrussen und $\frac{1}{3}$ Million Litauer. Polen hat demnach in der Zusammensetzung der Bevölkerung eine große Ähnlichkeit mit dem österreichisch-ungarischen Staat angenommen. Darin liegt für das heutige Polen eine außerordentliche Gefahr.

Zusammenfassend läßt sich über die militärisch-politische Lage in Polen sagen: In seinem Innern durch Partei- und völkische Gegensätze zerrissen, wirtschaftlich und finanziell heruntergekommen, dabei dank französischem Einfluß von einem grenzenlosen Militarismus und Imperialismus liegt das heutige Polen eingeeengt zwischen zwei augenblicklich zwar dank Revolution und Umsturz wehrlose, aber der Zahl nach doch große Völker, mit denen es dank polnischer Habgier trotz aller gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen durch territoriale und völkische Gegensätze — und sie sind die entscheidenden im Völkerleben — auf Leben und Tod verfeindet ist. Das kann — ohne prophezeien zu wollen — auf die Dauer nicht zum Guten führen.

